

## 3

## Lobbyarbeit zusammen mit den Studierenden auf Bundesebene

**Workshop 3: Rahel Imobersteg, die Generalsekretärin des VSS, macht eine klare Ansage an den Mittelbau und die Dozierenden: Organisiert euch auf nationaler Ebene! Von Ursina Anesini**

Zu Beginn des Workshops stellte Rahel Imobersteg den Verein Studierendenschaften Schweiz (VSS) und dessen Arbeitsbereich vor. Der VSS vertritt die Interessen der Studierenden auf nationaler Ebene und besteht aus zwölf von gesamthaft neunzehn Hochschulen in der Schweiz. Fünf der sieben Hochschulen, welche nicht im VSS organisiert sind, haben keine Studierenden-

**«Es entstand eine rege Diskussion darüber, was denn nun der Unterschied sei zwischen mitwirken, mitsprechen und mitbestimmen. Etwas zu sagen zu haben, gehört zu werden und etwas verändern zu können, war ein zentrales Thema für alle.»**

vertretung an ihrer Hochschule. Die im VSS organisierten Studierendenschaften verfügen über eine eigene Gestaltungsmacht an ihrer Hochschule. Sie bestimmen selbst, wie sie ihre Wahlverfahren gestalten, wo sie an ihrer Hochschule Handlungsbedarf sehen und wie sie vorgehen wollen. Der VSS nimmt in diesem Prozess eine unterstützende Funktion wahr und stand zum Beispiel beim Aufbau der Studierendensorganisation der ZHAW zur Seite. Das Ziel des VSS ist es, auf nationaler Ebene präsent zu sein, die Vernetzung unter den Studierendenschaften zu gewährleisten

und nicht zuletzt auch gesellschaftliche Aktivitäten durchzuführen. In ihrer Arbeit macht Rahel Imobersteg die Erfahrung, dass die Bedürfnisse der einzelnen Fakultäten zwar sehr unterschiedlich sind, aber sich auf nationaler Ebene oft ein Konsens finden lässt, weil der Blick sich weitet. Sie machte sich stark für einen Zusatzartikel im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) welcher in der letzten Herbstsession durch die Unterstützung von Katharina Prelicz-Huber im Nationalrat angenommen wurde. Bis anhin war die Mitwirkung der Studierenden, Dozierenden und des Mittelbaus nicht einheitlich geregelt. Rahel Imobersteg betont, dass es eine grosse Herausforderung gewesen war, Verbündete in der Politik zu finden und sie dafür zu gewinnen. Das Resultat für ihren Einsatz ist insbesondere der Artikel 12 Absatz c des neuen HFKG: Der Hochschulrat, (in welchem Dozierende, Mittelbau und Studierende jeweils eine Stimme haben) formuliert «Empfehlungen für die Mitwirkungsrechte der Hochschulangehörigen, insbesondere der Studentinnen und Studenten, sowie für die Erhebung von Studiengebühren.» Damit können sich alle drei Stände legitimiert einbringen und ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen.

Nach diesem ersten Input ging es in die Diskussion. Die Runde war ausgeglichen verteilt, es hatte Vertreterinnen aus dem Mittelbau, von Dozierendenseite und Studierende. Auch geografisch konnte ein guter Mix ausgemacht werden. In Kleingruppen diskutierten wir Fragen betreffend der Mitbestimmung und der Mitwirkung an (unseren) Hochschulen. Es entstand eine rege Diskussion unter den Teilnehmenden vor allem darüber, was denn nun der Unterschied sei zwischen mitwirken, mitsprechen und mitbestimmen. Etwas zu sagen zu haben, gehört zu werden und etwas verändern zu können, war ein zentrales Thema für alle. Während der Diskussion wurde immer wieder unterbrochen, um die Praxis der jeweiligen Hochschule zu erläutern. Dies machte deutlich spürbar, wie unterschiedlich die Hochschulen funktionieren und dass an etlichen Hochschulen Mitwirkung selbstver-

ständig, an anderen aber ein Fremdwort oder sogar ein Kampfwort ist. Zudem sei es schwierig, überhaupt Personen zu finden, die sich engagieren wollen. Da könnte vor allem beim Mittelbau durch Zeitvergütung und Schutz vor Repression grösseres Engagement erreicht werden.

Wir stellten fest, dass in Diskussionen über das Bildungswesen oft das Fernziel vergessen geht: Hochschulen sollen forschen und junge Menschen ausbilden. Und damit ein Ort sein für neue, radikale Ideen. Die Universitäten verteidigen ihre Selbstverwaltung, die freie Lehre und die Gestaltungsfreiheit. Im Gegensatz dazu nehmen sich die Fachhochschulen viel stärker als Unternehmungen wahr.

Abschliessend formulierte Rahel Imobersteg ihre Forderungen klar: Es braucht Gremien, welche den Mittelbau und die Dozierenden gleich dem VSS auf nationaler Ebene organisieren. Dies deshalb, weil die Studierenden auf der Suche nach Verbündeten sind und diese dringlich brauchen, um Ihre Forderungen national durchzusetzen. Nach dieser klaren Ansage entstand sofort eine rege Diskussion über die verschiedenen Verbände (fh-ch, travail.suisse, vpod und andere) und dass eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene doch eigentlich im Interesse aller wäre. Deshalb forderten die Teilnehmenden, der vpod solle auf dieser Ebene aktiv werden und sich für die Schaffung einer nationalen Gruppe der Dozierenden und des Mittelbaus einsetzen. Diese Idee wurde in den Fachausschuss Hochschulen des vpod getragen. ■

---

Ursina Anesini studiert «Soziokulturelle Animation» an der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern.